Pressemitteilung

Verband Queere Vielfalt

24.09.2023

Bundespressestelle

Almstadtstr. 7
10119 Berlin

Tel.: 030 – 789 54 778
Fax: 030 – 789 54 779

E-Mail: presse@lsvd.de
Internet: www.lsvd.de

Essen: Keine Bühne für homophobe Predigten

LSVD kritisiert Auftritt von US-Prediger Franklin Graham in der Messe Essen

Köln/Essen. 25. September 2023. Am 07. Oktober wird in der Grugahalle der Messe Essen das „Festival of Hope" [https://festivalofhope.de/de/] stattfinden. Das Festival ist eine Missionsveranstaltung, die besonders von freikirchlichen Gemeinden unterstützt wird. Seit 1950 veranstaltet die evangelikale Billy Graham Evangelistic Association (BGEA) solche und ähnliche Großveranstaltungen. Im Rahmen des Festivals soll auch der Prediger Franklin Graham auftreten. In einem Post auf Facebook [https://www.facebook.com/FranklinGraham/posts/1490220514367458?__xts__[0]=68.ARAUX3bUBZtTeqgjI4QyMvZEiF3o4rZb-Aak50CPYjYObmoj19cU8qHJJ8S0bbyTHE3aV8pz9jdapHdyPElA83BJ-xS7S8QSr5WluKJc_kRxNKXg7uJIYqHAkLaiSPDoXBCKFrtuKxcGdfAitc1tp9x3MkogHe6am_8ozY8sxRn1ZUzoAGDkEAXlkPyjVfd schrieb Graham: „Homosexuality is defined by God as sin, an abomination to Him. There's one "conversion therapy" that works for all sin, and that is asking Jesus Christ to come into our hearts. He can transform and heal our lives, making us new." Zum geplanten Auftritt des Predigers Franklin Graham erklärt der ***Vorstand des Lesben- und Schwulenverbandes (LSVD) NRW:***

Dass die Messe in Essen mit dem Festival of Hope dem US-Prediger Franklin Graham eine Bühne bietet, ist ein Schlag ins Gesicht unserer Community. Graham war in der Vergangenheit immer wieder durch Predigten aufgefallen, die unserer Einschätzung nach homophob sind. Es ist zu befürchten, dass auch Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene beim Festival of Hope mit den aus unserer Sicht homo- und transphoben Aussagen des Predigers konfrontiert werden. Essens Oberbürgermeister Thomas Kufen sitzt im Aufsichtsrat der Messe Essen GmbH [https://www.messe-essen.de/messeplatz-essen/messe-essen-gmbh/geschaeftsfuehrung-und-aufsichtsrat/] und hat hier eine besondere Verantwortung für Akzeptanz und Respekt von LSBTIQ* einzutreten. Wir fordern die Messe Essen und Oberbürgermeister Kufen auf, dafür zu sorgen, dass der Auftritt von Franklin Graham abgesagt und das Festival vom Staatsschutz überwacht wird.

In einem Artikel auf der Plattform Decision der BGEA [https://decisionmagazine.com/putins-olympic-controversy/] hat Franklin Graham 2014 unverhohlen seine Sympathie für das russische Anti-LSBTIQ*-Propagandagesetz und für Präsident Putin geäußert. In einem Interview [https://www.youtube.com/watch?v=JqlqMvjCOlU] aus demselben Jahr bezeichnete er die Adoption von Kindern durch homosexuelle Paare als das „Rekrutieren von Kindern". 2015 berichtete MSNBC von einem Boykottaufruf Grahams für LSBTIQ*-freundliche Unternehmen [https://www.msnbc.com/msnbc/evangelical-pastor-franklin-graham-boycott-gay-friendly-businesses-msna613921] . Ein Jahr später bezeichnete der Pastor Homosexuelle als „Feinde" [https://www.mrctv.org/videos/rev-graham-you-cannot-stay-gay-and-call-yourself-christian-gays-must-leave-their-sins] .

Freikirchen sind in der Vergangenheit immer wieder durch LSBTIQ*-feindliche Hetzpredigten ins Visier von Polizei und Justiz geraten. Auffällig häufig sind es Prediger aus den USA, die in Präsenz oder in Video-Gottesdiensten Homosexuelle in einer abscheulichen Art und

Pressemitteilung

Weise entmenschlichen und teilweise gar die Einführung der Todesstrafe fordern. Manche Freikirchen, wie die Pforzheimer „Baptistenkirche Zuverlässiges Wort“, stehen darum aktuell unter Beobachtung des Verfassungsschutzes [https://www.sueddeutsche.de/politik/extremismus-pforzheim-baptistenkirche-zuverlaessiges-wort-unter-beobachtung-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-230621-99-134188] . Wir fordern das Land NRW und vor allem die Stadt Essen auf, nicht zuzulassen, dass Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans*, inter*, nichtbinäre und queere Menschen unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit abgewertet werden oder dass unterschwellig für Konversionstherapien geworben wird!

Unterstützer*innen der Pressemeldung
- DUGay e.V.

- FLiP e.V. - FrauenLiebe im Pott

- Intergeschlechtliche Menschen - Landesverband NRW

- Ökumenische Arbeitsgruppe Homosexuelle und Kirche (HuK) e.V.

- Regenbogenforum e.V. - Vertretung der christlichen Regenbogengruppen

- Together Essen

- 1001Plateau e.V.

Pressekontakt
Vorstand des LSVD NRW
nrw@lsvd.de [mailto:nrw@lsvd.de]

Weiterlesen
- Wie kann Jugendarbeit religiös motivierter Homophobie und Transfeindlichkeit entgegenwirken: [https://www.lsvd.de/de/ct/6179-wie-kann-jugendarbeit-religioes-motivierter-homophobie-und-transfeindlichkeit-entgegenwirken] Ressentiments gegen LSBTIQ* werden häufig auch mit Verweis auf religiöse Überzeugungen gerechtfertigt. Religionsgemeinschaften bieten zudem auch Angebote für Kinder und Jugendliche. Wie können Fachkräfte der Jugendarbeit reagieren, wenn sie sich mit religiös motivierter Queerfeindlichkeit auseinandersetzen müssen?

- Nach LSVD-Aktion: Werbung für Konversionsbehandlungen weitgehend aus dem Online-Handel genommen [https://www.lsvd.de/de/ct/3873-nach-lsvd-aktion-werbung-fuer-konversionsbehandlungen-weitgehend-aus-dem-online-handel-genommen] – Gefährliche Anleitungen zur Selbsttherapie nicht länger erhältlich

- Teilverbot von Umpolungsangeboten: Gesetz hätte effektiver schützen müssen. [https://www.lsvd.de/de/ct/3465-teilverbot-von-umpolungsangeboten] Seit Juni 2020 sind Umpolungsversuche an Minderjährigen in Deutschland verboten. Doch was ein toller Erfolg hätte sein können, droht ein zahnloser Tiger zu werden. Aufgrund erheblicher Mängel steht zu befürchten, dass mit dem Gesetz ein effektiver und konsequenter Schutz für Lesben, Schwule, bisexuelle und transgeschlechtliche Menschen nicht erreicht werden kann.

Pressemitteilung

Der LSVD+ – Verband Queere Vielfalt e.V. ist ein Bürgerrechtsverband und vertritt die Interessen und Belange von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI).
Gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt – wir wollen, dass LSBTI als selbstverständlicher Teil gesellschaftlicher Normalität akzeptiert und anerkannt werden.